

Er erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Johannstadt 33.  
Sprechstunden der Redaction:  
Samstags 10-12 Uhr.  
Sonntags 5-6 Uhr.  
In den Filialen für Inf.-Annahme:  
Otto Riemer, Unterföhrstraße 21.  
Leopold Völsch, Hauptstraße 16, 2.  
nur bis 1/2 3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Wochenausgabe 17,700.  
Abonnementpreis viertel. 4 1/2 M.,  
halb. 8 M.,  
jährlich 30 M.  
Inhalt: Nachrichten, Berichte, Correspondenzen, etc.  
Inhalt: Nachrichten, Berichte, Correspondenzen, etc.

**№ 278.** **Donnerstag den 5. October 1882.** **76. Jahrgang.**

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

#### die Bezahlung der Immobilien-Brandversicherungsbeiträge betreffend.

Nach der Berechnung der königlichen Brand-Brandversicherungscommission vom 7. Juli a. d. hat das königliche Ministerium des Innern genehmigt, daß auch für den diesjährigen zweiten Festeintrag am 1. October — ein Drittel der erheblichen Brandversicherungsbeiträge bei der Abtheilung der Gebäudeversicherung erhoben wird. Diese Beiträge werden mithin nur in der Höhe von einem Pfennig von jeder Beitragscheinheit erhoben.

Bei der Abtheilung der freiwilligen Versicherung tritt eine Ermäßigung der Beiträge nicht ein.

Aus diesen Grundbegriffen, über deren Stellvertreter werden deshalb hierdurch aufgeführt, ihre Beiträge spätestens binnen acht Tagen, von dem Termine ab gerechnet, an unsere Stadt-Steuereinnahme, Hauptstr. 51, 2. Stod., Zimmer Nr. 10, bei Vermeidung der sonst eintretenden gesetzlichen Maßnahmen abzuführen.

Leipzig, den 25. September 1882.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Rath.

### Bekanntmachung.

#### Der Rath der Stadt Leipzig.

Herr W. Brockmann beauftragt in dem an der Eutritzer Straße unter Nr. 51 gelegenen, der Direction der Thüringer Eisenbahn im Erfurt gehörigen Grundstück Nr. 1892 des Grundbuches und Fol. 1763 des Grund- und Hypothekendaches für die Stadt Leipzig eine Kalkwasserfabrik zu errichten.

Die bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniss mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verfall binnen 14 Tagen in uns anzubringen.

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erhebung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu verwerten.

Leipzig, am 28. September 1882.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Trübner. Vorsitzender.

### Bekanntmachung.

#### Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

In unserer Wohnanlage befindet sich eine goldene Uhr in schwarzem Futteral, welche nach Angabe derjenigen Person, welcher die Uhr abgenommen wurde, von dieser im April d. J. im Verfall gekommen worden ist.

Die bringen dies hiermit zur öffentlichen Kenntniss und jedem zugleich den Eigentümer auf, sich angeklumt bei unserer Criminalabtheilung zu melden.

Leipzig, am 2. October 1882.  
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.  
Jand. Pol.-Rath. Dr. D.

## Nichtamtlicher Theil.

### Bu den Wahlen in Preußen.

Berlin, 3. October. Das Centrum tritt mit einem Wahlantrag hervor, der unter eigenthümlichen Umständen verhandelt wird. Er ist bereits am Schluß der letzten Landtagsession, im Mai, verfaßt und nach der Veröffentlichung der „Germania“ in das Reich gedruckt worden, obwohl die Stimmung und Lage inzwischen eine wesentliche andere geworden ist. Er ist launig, wie das leitende Blatt des Centrums äußert, verfaßt und entspricht gar nicht mehr der gegenwärtigen Lage. Die Bemerkungen, welche die „Germania“ hinsichtlich der Wahl und interessanter und wichtiger, weil die augenblickliche Lage besser leuchtend, als der Wahlantrag selbst.

Der letztere ist gegenüber der Regierung und den Conservativen weit veränderlicher und entgegenkommender, als es heute dem leitenden Centrumsblatt selbst noch gerühmlich erscheint. Er erkennt die fortwährende Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Wiederherstellung des innern Friedens an und spricht die Hoffnung aus, daß den Wählern zur Befreiung bald die volle That folgen werde; er sagt der conservativen Partei Dank für die Unterstützung in den Reichstagen, die sie zu leisten und für die Fortsetzung des Friedens und Ruhe zu wünschen. Klein, bemerkt die „Germania“, daß, jeht sind die Hoffnungen betrübt und bedrückt, die Regierung beabsichtigt ohne jeden Grund vorläufige der ihr zur Wahrung des Culturkampfes vertriebenen Soldaten, und während früher die Werbung der beiden Confessionen das besondere Anliegen der Liberalen gewesen sein soll, beteiligen sich neuerdings auch conservatieve Elemente und die öffentliche Presse an diesem Schritt. Während der Kampf noch von einer christlich-conservativen Regierung spricht und eine Umkehr von den Wegen des kalten Liberalismus wahrzunehmen, enthält die „Germania“ allerdings wieder einen liberalisirenden Zug und in der Socialreform einen capitalistischen Anstrich, sowie einen fortschreitenden Wandel an Stetigkeit und Klarheit der Regierungspolitik.

Im Uebrigen bietet der Wahlantrag kaum etwas Neues oder sonderlich Bemerkenswerthes. Auerkennen wollen wir, daß er sich einer gemäßigten würdigen Sprache bedient und sich in dieser Hinsicht sehr vortheilhaft von dem demagogischen Debüts untercheidet, mit welchem die deutsch-conservative Partei vor Kurzem die Liberalen herausgefordert hat. Das Bemerkenswerthe an „Germania“ verdient nach der Sag hervorzuheben zu werden: Die Session schloß unter der ersten und fruchtbarsten Tätigkeit einer antiliberalen Mehrheit. Die sonderbare Wahlpolitik der Regierung hat es inzwischen dahin gebracht, daß eine liberale Mehrheit als Ergebnis der

Wahlkreise zu bestreiten steht und daß jedenfalls die Hoffnung auf eine entschlossene antiliberalen Reformpolitik bereits auf ein Minimum reducirt ist. Wir wollen diese resignirte Prognose nicht der kritischen Bilanz als gutes Beispiel nehmen.

Wenn man sich der Worte erinnert, mit welchen der Reichstag am 12. Juni d. J. sich in seiner Plenarsession im Reichstag über die Steuerfrage ausdrückte, so hätte man annehmen sollen, die Wahlzwang würde sich um nicht anderes drehen als um die Frage des Drucks an direkten Steuern und der zur Abhilfe dienenden Mittel. Der Reichstagler äußerte damals: „Wir erwarten, daß bei den Neuwahlen in Preußen die Frage: Führt das preussische Volk wirklich einen Steuerdruck, dessen Erleichterung es wünscht oder nicht? ein Hauptthema sein wird. Soll die Klassensteuer mit ihren Willküren Creationen beibehalten werden, das ganze veraltete Institut? Soll die hohe Belastung der Gemeinden beibehalten werden, ohne ihnen zu helfen? Soll das Schulgeld beibehalten werden? Sollte der nächste Landtag wie der bisherige sich einer eingehenden Discussion der Bedürfnisse und Verwendungsfrage, einer Beschlingnahme darüber, welche Veranbarung er haben will, enthalten, so hätte ich Sr. Majestät nur rathen, so oft an die Wähler zu appelliren, daß darüber die notwendige Entscheidung ergeht, und ich werde kein Bedauern tragen, Sr. Majestät zu rathen, den preussischen Landtag, sobald er vorgetrieben ist, zu berufen, ihm diese Frage zu stellen und ohne Weiteres von Neuen an die Wähler zu appelliren, wenn uns wiederum in der bisherigen Weise ausgetrieben wird.“

Es ist von Interesse, angeführt der veränderten steuerpolitischen Action für diese Worte im Gedächtniß zurückzuführen. Ueber die Bedeutung, welche die Steuerfrage in der Wahlbewegung gewonnen wird, hat sich der Reichstagler jedenfalls getäuelt; es ist von manden andern Dingen ebenso viel oder mehr die Rede. Die Behandlung von einem unentzerrlichen Druck der direkten Steuern wird dadurch schon auf ein bestimmtes Maß zurückgeführt. Freilich hat die Regierung auch nicht gelobt, keine, veränderte und populäre Ziele auf diesem Gebiete aufzustellen. Die Steuerfrage ist heute unmittelbar vor den Wählern wandert als je. Wir sind nur beherzt worden, daß der Landtag ein Zeugniß über die Bedürfnisfrage abgeben soll, nicht aber in welcher Form dies geschehen, in welchem Umfang die Bedürfnisfrage gestellt, auf welchen Punkten bestehen soll, welche Veranbarung, welche von den alten Verordnungen abgelehnt werden sollen. Durch ungenügende offizielle Aufstellungen ist selbst die allgemeine Richtung der geplanten Steuerreform verneint worden. In dieser Hinsicht ist die wesentliche Frage der Steuerreform freilich keinen Augenblick abgeben, um den sich eine mächtige Wahlbewegung hätte drehen können.

Der „Kreuzzeitung“ zufolge bleibt es feststehend, daß der preussische Landtag erst Mitte Januar, am Ende November d. J., zu bestimmtem Zeit, der Reichstag berufen werden wird. Es würde dadurch ein voller schwerer entbehrlicher Monat der parlamentarischen Bewegung verloren gehen und die Schwierigkeiten im Verlauf des Winter sich in einer Weise steigern, daß kaum abzusehen ist, wie man sich mit der hiesigen Zeit zu helfen gedenkt. Derselbe wäre es im hohen Grade unthunlich und eine billige Rücksicht für die Abgeordneten, daß über die parlamentarischen Dispositionen unerschütterlich Beschluß gefaßt und öffentliche Mittheilung gemacht würde.

Leipzig, 5. October 1882.

Zur ausserordentlichen Lage wird uns aus Berlin geschrieben: „Es ist merkwürdig, wie schnell sich die öffentliche Meinung in Deutschland über die Lösung der Verhältnisse in Egypten beruhigt hat, seitdem an der Grenzzeitung Gladstone's, diese Frage in Einklang mit der Politik des Reichstages zu entscheiden, nicht mehr gewagt werden kann. Man hat das Vertrauen, daß sich eine Lösung finden lassen, welche England in gewissen Grenzen die Rechte seiner Kräfte läßt, ohne den andern Mächten, insbesondere Frankreich, das prinzipielle Gefühl einzulassen, daß eine der wichtigsten Stellen der Erde in der Hand eines durch diesen Besitz den Rang seiner Weltmacht schließenden Staates bleibe. Niemand doch sogar anzudeuten, daß nach dem Willen der türkischen Staatsmänner und die Führer der Nationalpartei in Egypten über die Absichten Gladstone's eingeworfen berathigt sind, wenn es auch selbstverständlich für eine solche Angelegenheit werden muß, daß der Sieg von Lord-Robert eine verdräbete Komödie gewesen, die sich Arabi in der Gestalt mehrerer Willküren von den Engländern habe bezahlet lassen. Als ein reines Anzeichen einer näheren Aufklärung der Lage kann der Umstand gelten, daß von der Einberufung ein ein europäischer Congress jetzt nirgend mehr die Rede ist. Derartige Veranstaltungen pflegen ja gemeinlich dann Platz zu greifen, wenn die Katholikheit am größten ist, oder wenn unter der Rolle der Fremdschaft ein heimlicher Gegner um seine Erfolge verthirt werden soll. Auch daß England energische Schritte thut, um die Frage der Entlassung für die in Alexandria u. untergegangenen europäischen Capitalien in Bezug zu bringen, hat hier einen guten Grund um so mehr gemacht, als durch eine befriedigende Entscheidung dieser Frage die öffentliche Meinung in Frankreich und Italien sich vorwiegend schärfer mit den neuen Zuständen beruhigen wird, als wenn dort zu der Entlassung einer politischen Schlange noch der Unmuth über materielle Einbuße käme. Es ist selbstverständlich, daß der firmen des Reiches, der die Entlassung einer Entschädigungskommission anordnet, nicht ohne die Zustimmung des General's Bismarck erfolgen werden ist, ja daß er überhaupt nicht vorhanden wäre, wenn das deutsche Cabinet den Leuten nicht für unangenehm erklärt hätte.“

Der Reichstagler äußerte damals: „Wir erwarten, daß bei den Neuwahlen in Preußen die Frage: Führt das preussische Volk wirklich einen Steuerdruck, dessen Erleichterung es wünscht oder nicht? ein Hauptthema sein wird. Soll die Klassensteuer mit ihren Willküren Creationen beibehalten werden, das ganze veraltete Institut? Soll die hohe Belastung der Gemeinden beibehalten werden, ohne ihnen zu helfen? Soll das Schulgeld beibehalten werden? Sollte der nächste Landtag wie der bisherige sich einer eingehenden Discussion der Bedürfnisse und Verwendungsfrage, einer Beschlingnahme darüber, welche Veranbarung er haben will, enthalten, so hätte ich Sr. Majestät nur rathen, so oft an die Wähler zu appelliren, daß darüber die notwendige Entscheidung ergeht, und ich werde kein Bedauern tragen, Sr. Majestät zu rathen, den preussischen Landtag, sobald er vorgetrieben ist, zu berufen, ihm diese Frage zu stellen und ohne Weiteres von Neuen an die Wähler zu appelliren, wenn uns wiederum in der bisherigen Weise ausgetrieben wird.“

Es ist von Interesse, angeführt der veränderten steuerpolitischen Action für diese Worte im Gedächtniß zurückzuführen. Ueber die Bedeutung, welche die Steuerfrage in der Wahlbewegung gewonnen wird, hat sich der Reichstagler jedenfalls getäuelt; es ist von manden andern Dingen ebenso viel oder mehr die Rede. Die Behandlung von einem unentzerrlichen Druck der direkten Steuern wird dadurch schon auf ein bestimmtes Maß zurückgeführt. Freilich hat die Regierung auch nicht gelobt, keine, veränderte und populäre Ziele auf diesem Gebiete aufzustellen. Die Steuerfrage ist heute unmittelbar vor den Wählern wandert als je. Wir sind nur beherzt worden, daß der Landtag ein Zeugniß über die Bedürfnisfrage abgeben soll, nicht aber in welcher Form dies geschehen, in welchem Umfang die Bedürfnisfrage gestellt, auf welchen Punkten bestehen soll, welche Veranbarung, welche von den alten Verordnungen abgelehnt werden sollen. Durch ungenügende offizielle Aufstellungen ist selbst die allgemeine Richtung der geplanten Steuerreform verneint worden. In dieser Hinsicht ist die wesentliche Frage der Steuerreform freilich keinen Augenblick abgeben, um den sich eine mächtige Wahlbewegung hätte drehen können.

Wahlkreise zu bestreiten steht und daß jedenfalls die Hoffnung auf eine entschlossene antiliberalen Reformpolitik bereits auf ein Minimum reducirt ist. Wir wollen diese resignirte Prognose nicht der kritischen Bilanz als gutes Beispiel nehmen.

Wenn man sich der Worte erinnert, mit welchen der Reichstag am 12. Juni d. J. sich in seiner Plenarsession im Reichstag über die Steuerfrage ausdrückte, so hätte man annehmen sollen, die Wahlzwang würde sich um nicht anderes drehen als um die Frage des Drucks an direkten Steuern und der zur Abhilfe dienenden Mittel. Der Reichstagler äußerte damals: „Wir erwarten, daß bei den Neuwahlen in Preußen die Frage: Führt das preussische Volk wirklich einen Steuerdruck, dessen Erleichterung es wünscht oder nicht? ein Hauptthema sein wird. Soll die Klassensteuer mit ihren Willküren Creationen beibehalten werden, das ganze veraltete Institut? Soll die hohe Belastung der Gemeinden beibehalten werden, ohne ihnen zu helfen? Soll das Schulgeld beibehalten werden? Sollte der nächste Landtag wie der bisherige sich einer eingehenden Discussion der Bedürfnisse und Verwendungsfrage, einer Beschlingnahme darüber, welche Veranbarung er haben will, enthalten, so hätte ich Sr. Majestät nur rathen, so oft an die Wähler zu appelliren, daß darüber die notwendige Entscheidung ergeht, und ich werde kein Bedauern tragen, Sr. Majestät zu rathen, den preussischen Landtag, sobald er vorgetrieben ist, zu berufen, ihm diese Frage zu stellen und ohne Weiteres von Neuen an die Wähler zu appelliren, wenn uns wiederum in der bisherigen Weise ausgetrieben wird.“

Es ist von Interesse, angeführt der veränderten steuerpolitischen Action für diese Worte im Gedächtniß zurückzuführen. Ueber die Bedeutung, welche die Steuerfrage in der Wahlbewegung gewonnen wird, hat sich der Reichstagler jedenfalls getäuelt; es ist von manden andern Dingen ebenso viel oder mehr die Rede. Die Behandlung von einem unentzerrlichen Druck der direkten Steuern wird dadurch schon auf ein bestimmtes Maß zurückgeführt. Freilich hat die Regierung auch nicht gelobt, keine, veränderte und populäre Ziele auf diesem Gebiete aufzustellen. Die Steuerfrage ist heute unmittelbar vor den Wählern wandert als je. Wir sind nur beherzt worden, daß der Landtag ein Zeugniß über die Bedürfnisfrage abgeben soll, nicht aber in welcher Form dies geschehen, in welchem Umfang die Bedürfnisfrage gestellt, auf welchen Punkten bestehen soll, welche Veranbarung, welche von den alten Verordnungen abgelehnt werden sollen. Durch ungenügende offizielle Aufstellungen ist selbst die allgemeine Richtung der geplanten Steuerreform verneint worden. In dieser Hinsicht ist die wesentliche Frage der Steuerreform freilich keinen Augenblick abgeben, um den sich eine mächtige Wahlbewegung hätte drehen können.

Die Aufständigen, die der Reichstag nicht schon in der nächsten Frühjahrsession sich mit dem Entwurf einer neuen Militär-Strafprozess-Ordnung werde zu befassen haben, liegt anfangs in ihrer Allgemeinheit die günstige Deutung zu, daß ein Einvernehmen zwischen Preußen und Bayern über die Grundzüge des kaiserlich-militärischen Verfahrens ergeht. Es man zu der bairischen Regierung das Vertrauen haben darf, daß sie die schon, wichtige und bewährte Einrichtung des contrabandischen Proceßverfahrens nicht aufgeben werde, so fand der Vorschlag nicht im Wege, daß an entscheidender Stelle in Berlin nunmehr die Beschlüsse gegen die Annahme der Oeffentlichkeit im Militär-Strafprozess stellen gelassen seien. Leider hören wir indessen aus guter Quelle, daß sich diese Hoffnung kaum verwirklichen dürfte, insofern der vorläufige Entwurf, der den Regierungen der Einzelstaaten von Berlin aus zur Begutachtung mitgetheilt worden ist, an dem Grundloß des Oeffentlichkeit und Oeffentlichkeit Berührung schließt, andererseits aber auch das Beharren der bairischen Regierung an ihrem Standpunkt als unabweisbar gilt. Wenn trotzdem die allseitige Regelung der Angelegenheit in Aussicht gestellt wird, so kann man sich der Meinung derjenigen nicht ganz vertheidigen, welche es im Sinne Preußens liegend betrachten, einen Abschluß ohne die Ratifikation Bayerns, als nur für das österreichische Reichthum zu bewirken. Die Militärgerichtsbarkeit, wie auch ihre gegenwärtige Form gehört zu den Kernrechten Bayerns, kann diesem Staat also ohne seine Einwilligung nicht genommen werden. Ist eine Aufhebung der entgegenstehenden Anschauungen des Berlin und München nicht zu erreichen, so wäre also staatsrechtlich wohl wohl denkbar, daß der neue Entwurf Bayern ganz außer Acht läßt. Man kann indessen in Zweifel sein, ob eine solche Wendung nicht bedauerlicher wäre als das Fortbestehen des gegenwärtigen Zustandes. Denn es würde dadurch mit einem Schloß und zum Schaden des Reichsgedankens ein Zwiespalt veranlaßt werden, was wiederum sehr unangenehm sein würde, daß die Zeit und günstigerer äußere Umstände unter beiderseitigen verständigen Entgegenkommen auf der Welt schaffen.

Die weltliche „Deutsche Volkzeitung“ pflegt über den Herzog von Cumberland und dessen Familie in einem jugendlichen Stil zu berichten, wie er sich kaum in den Provinzen irgend einer regierenden Dynastie findet. In der neuesten Nummer des Blattes liest man folgende Notiz: Seine königliche Hoheit der Herzog von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg lassen für das in höchsteren Sicherheits in der Kette seiner Kammerherren von seiner Hofkapelle dem Staatsminister Wiederspruch entgegenstellen, daß er gezeigtem Wege aller Hofbeamten zur Kenntnis zu bringen.

Wien, den 24. September 1882.

Belger, Oberminister.

Der Windthorst hatte es seit Jahren vermieht, in offener Weise als Teilnehmer an weltlichen Demonstrationen aufzutreten; neuerdings scheint er besondere Gründe gehabt zu haben, hiervon eine Ausnahme zu machen.

Seitens des Centrums wird mit Theilnahme um ein gesellschaftliches Verbot der Sonntagsarbeit verhandelt, die u. a. auch auf eine Beschleunigung des Post- und Telegraphenverkehrs gehen und es wird verlangt, daß an Sonn- und Feiertagen wenigstens der Postdienstverkehr mit Ausnahme der Transporte zur Eiligkeit ausbleiben solle. Der Generalpostmeister Stephan hat früher mehrfach erklärt, daß er geneigt sei, den Wünschen auf Befreiung des Sonntagsdienstes für die Post- und Telegraphenbeamten so weit wie möglich entgegen zu kommen, und so ist denn auch die Beschleunigung über die nur einmalige Befreiung von Postleistungen an Sonn- und Feiertagen ergangen. Herr Stephan hat aber bemerkt, daß Beschleunigungen in weiteren Umfang sich nicht werden ermöglichen lassen.

Die Differenz zwischen den Herren Richter und Hänel hat sich weiter vergrößert; die Wiener Zeitung, die zu Herrn Hänel die intimsten Beziehungen unterhält, bringt folgende Nachricht: „Die in verschiedenen Blättern verbreitete Nachricht, daß der Abgeordnete Dr. Hänel beabsichtigt habe, in der Sitzung des verstorbenen Ausschusses des Central-Parlamentes der Reichstagspartei das Wahlrecht-billigende Wahlrecht zu unterstützen, ist nicht richtig, sondern nur eine ungewisse Behauptung. Da die liberale Partei in Schleswig-Holstein niemals ihre Selbstständigkeit aufgeben, konnte das ungewisse Recht, Wahlrecht zu wählen, von ihrem Führer nicht zu einem Verzicht der Delegation, geschweige denn der Redirection gemacht werden. Es hätte sich von anderer Seite nur um die erste Befreiung handeln können, daß mit den Mitteln der Gesamtpartei der Krieg eines Theiles der Partei gegen einen anderen geführt werde. Nachdem aber Herr Richter einen Antrag durch die Delegationen in Schleswig-Holstein unzulässig gemacht, hat Dr. Hänel es vorgezogen, an der Sitzung des Berliner Ausschusses nicht teilzunehmen, dessen Pflicht es gewesen wäre, die Selbstständigkeit einer provinziellen Organisation und die von kaiserlichen Reichstagsmitgliedern dieser Provinz gebilligte Abmachung zu schützen und derselben Geltung zu verschaffen. Die Streitfrage kann jetzt nur in den parlamentarischen Fractionen der Partei zur Entscheidung kommen.“

Die Trappau wird gemeldet, daß auch in den dortigen Landbezirken die Agitation gegen die deutsche Reichsregierung. Drei christliche Volkslehrer aus Wahren haben in den Trappau kennzeichneten christlichen Dörfern einen, so jene in den Wirthshäusern die Bauern

verammelt, um an diese geschickte Flugblätter zu vertheilen, welche in überaus heftiger Weise die Unterdrückung der deutschen Schulen und die Errichtung christlicher Schulen. Von der kaiserlichen Landeshauptstadt jenseits der Reichsgrenzen sind jene Agitatoren aus Wahren demontirt freundlich empfangen und an mehreren Orten vertheilt worden. Zwei seiner geschickten Lehrer, Namens Schönlank und Starz, unternehmen von Trappau aus einen Ausflug nach der nahe preussischen Stadt Kattibor, wo sie aber, auf nahe liegenden Gedanken, sich sehr bescheiden verhalten.

Das in Triest erscheinende kaiserliche Journal „Edinoff“ (Wahrheit) rath der österreichischen Regierung im Hinblick auf die jüngsten empörenden Vorgänge in Triest, doch endlich den entscheidenden Schritt bezüglich der amtlichen Feststellung der Nationalität der Triester Stadt- und Landbezirke zu thun. Nachdem „Edinoff“ anführt, daß es in Triest nur einen Grundtheil fremder, nicht zum österreichischen Staatsherrn gehöriger Italiener gebe, die wirklich einheimische Bevölkerung aber unläugbar eine slavische sei, so hätte die in Triest nach geschickliche italienische Kath- und Verkehrsproben nicht allein keinen Sinn mehr, sondern wäre geradezu, wenn sie noch weiter tolerirt würde, eine ernste Gefahr für Triest und Oesterreich. Würde Triest als eine slavische Stadt, was sie thatsächlich ist, erklärt, und das Slavische als Kath- und Verkehrsproben eingeführt, so wäre den lüderlichen Nationalität mit einem Schlag der Boden zu ihrer wirksamen und verheerenden Agitation entzogen. Lie in Triest wohnende Deutschen nennt das genannte slavische Blatt eine „verführerische kleine Zahl Fremder“, welche, auf einem ihrer Nationalität völlig fremden Gebiete wohnend, nicht berechtigt wären, gegen die Slavisirung der Stadt und ihrer Umgebung irgend eine Einsprache zu erheben.

In Pest hat in Folge der jüngsten ersten Aufhebungen in Großburg ein Ministerialratz stattgefunden, in dem die gegen die antisemitische Bewegung zu ergreifenden Maßnahmen besprochen wurden. Da gerade in der „Jugend“ der ungarischen Regierung auf vielen Theilen des Landes Berichte über die immer mehr sich verbreitende antisemitische Bewegung zugegangen, so verordnete letzter eine Ministerialratz über die Gegenmaßnahmen noch nicht schlüssig zu werden. Aus diesem Grunde werden die Beratungen schon in den nächsten Tagen fortgesetzt. Die Regierung soll bereits in Vorbereitung gebracht haben, auf welche Einflüsse und Anhaltungen die jüngsten Erfolge in Preußen zurückzuführen seien. Wie die oppositionellen Preter Blätter melden, soll auch im ganzen antisemitischen Lager große Bewegung herrschen. „Bürgerzeiten“ sagt geradezu, die Regierung möge sich hüten, das Volk zu reizen und gegen dasselbe vergeblich einzuschreiten, weil dadurch unvorhergesehenen Ereignisse eintreten und über die Trümmer der ganzen gegenwärtigen Regierungsmachthe hinweggeräumt könnten. Der Ministerialratz soll im antisemitischen Club sich gefestigt haben, er werde nicht ruhen, so lange die Judenfrage der Regierung nicht den Quitt gebracht habe.

Aus Riga wird vom 29. September geschrieben: Verschiedene Anzeichen scheinen darauf hinzuweisen, daß die überall in Rußland gehörende agrarische Frage zu allernächst in den baltischen Provinzen einen trübenden Charakter annehmen und zum Ausbruch kommen solle. Es wird mit aller Bestimmtheit versichert, daß sich in letzter Zeit in mehreren Orten bewaffnete Banden von Bauern bilden, die sich unter Uebernahme der Güterbesitzer in die Wälder zurückziehen. Unlängst wurde der Güterbesitzer Grechus-Breitvanden auf dem Wege in seine Heimath durch einen Räuberüberfall auf dem Walde von unbekannter Hand so gefährlich verwundet, daß er nach einigen Tagen an den Folgen seiner Verletzung starb. Häufig hat ein anderer Güterbesitzer Rod von Cudersoff sein Lebensvermögen von einem unbekannten Agroc-Exercit-Comité empfangen. Als er kurz nachher sein Land in einem Wagen verließ, gab er mehreren von seinen Leuten Befehl, ihm als Beute zu dienen. Eines am nächsten Tage wurde aber letzteren ein Brief ungeliefert folgenden Inhaltes geschickt: „Drüher! Quer! Der ist zum Tode verurtheilt worden; haltet Euch fern von ihm, daß wir Euch nicht gegen unseren Willen verurtheilen, wenn wir das Urtheil vollziehen.“ Seine Leute meineten sich daran, ihm noch ferner das Geheiß zu geben, und der beängstigte Güterbesitzer verließ schließlich nicht mehr die Wohnung. Es hat also ganz den Anschein, als hätten wir hier den Anfängen einer Agrarbewegung wie in Irland gegenüber.“

Aus Sofia meldet man, daß zu der bevorstehenden Begegnung des Fürsten Alexander mit dem Könige Milan von Serbien bereits Vorbereitungen getroffen werden. Ein Schiff wird mit dem General-Lieutenant Obersten Stanich und dem Kapitän-Marinon zur feierlichen Einholung des Königs diesem entgegen geschickt werden. Zum Ehrendienste wird von Könige Milan Oberst Stanich zugewiesen werden. — Der bulgarische Kriegsminister, Baron Rautbars, ist von seinem Urlaube wieder in Sofia eingetroffen.

Wie die bulgarischen Journale melden, hat der Stadtrath von Widin beschlossen, dort ein Gumnasium zu errichten, welches nach Ansehen des der „slavischen Welt unerschütterlichen“ General's Stobeleff die Bezeichnung „Stobeleff-Gumnasium“ führen wird. — In Wien hat eine Volkserhebung einmündig den Beschluß gefaßt, für die 10. Division eine Rakete zu erheben, welche „Stobeleff-Rakete“ heißen soll. — Der Herausgeber des in Rußland erscheinenden Oppositionsblattes „Wahrheit“ (Verleumdung), Herr Georg Kozlov, hat nach Rumänien sich geflüchtet, nachdem er in Erfahrung gebracht, daß er wegen seiner liberalen Agitation und Vergehens bestraft werden sollte.

Man schreibt uns aus Konstantinopel, 26. September: Nach langen Unterhandlungen, die von der europäischen Frage beständig durchkreuzt worden waren, ist es dem diplomatischen Agenten des Fürsten von Bulgarien bei der Pforte, Herrn Jassow, gelungen, mit der Pforte eine Vereinbarung über den Modus der offiziellen Correspondenz zwischen der Pforte und dem Fürstenthum zu erzielen. Nach zwei Jahre lang waren die administrativen Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien vollständig abgebrochen, da das Fürstenthum sich beharrlich weigerte, mit der Pforte durch Vermittelung des Specialbotschafters, welcher für die Correspondenz der privilegierten Provinzen ernannt wurde, zu verkehren. Dieser Zustand schloß nun Schicksal den Tausenden von Individuen, namentlich Russ-

